

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags-
Bezugspreis monatl. RM. 95.—, vierteljährl. RM. 285.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
Innenlande 315.— einschl. Postbestellgeld.
Einzelnummern 3.50 RM. : Girokonto Nr. 50 bei der
Oberamts Sparkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad.
Bankkonto: Direction d. Discountge., Zweigst. Wildb.
Postfachkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren
Raum RM. 8.—, auswärts RM. 10.—, : Reklame-
zeile RM. 20.—, Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Offerten u. bei Auktionsverteilung werden
jeweils 2 RM. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. : In Konturs-
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig
wird, fällt jede Nachlagewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gack in Wildbad.

Nummer 234

Gericht 179

Wildbad, Freitag, den 6. Oktober 1922

Gericht 179

57. Jahrgang

Tagespiegel

In Parteikreisen soll die Stimmung dafür sein, die Neu-
wahl des Reichspräsidenten anfangs Dezember vorzunehmen.

In Berlin werden nach dem B. L. neue Verhandlungen
über den Wiederaufbau in Rußland geführt.

Der französische Justizminister Barthou ist aufgefordert
worden, an Stelle Dubois den Vorsitz der Entschädigungs-
kommission zu übernehmen. Lauf Havas wird Barthou an-
nehmen.

Poincaré wird am Freitag den aus London zurückgekehr-
ten Venizelos empfangen.

Der Vereinigung der Arbeitgeber der böhmischen Textil-
industrie wird die Steuerzuschläge vom 15. Oktober ab
um 30 Prozent herabsetzen. Die Arbeiterschaft hat ihre Be-
reitwilligkeit hierzu erklärt.

Neue Dokumente zur Schuldfrage

Der Hergang des Eintritts Rußlands und seines Verbün-
deten Frankreichs in den Krieg ist nahezu restlos aufgeklärt.
Es steht fest, daß Rußland am 29. Juli 1914 zur allgemeinen
Mobilisierung entschlossen war und der Pariser Regierung
Mittelung von der „wahrscheinlichen Unvermeidlichkeit des
Kriegs“ machte. Poincaré und Viviani erhoben keinerlei
Einwendungen gegen den Krieg, erklärten vielmehr ohne
weiteres, daß Frankreich seine Bündnispflichten erfüllen
werde. Offenbar ist ihnen der Krieg willkommen ge-
wesen, denn sie nahmen nicht einmal daran Anstoß, daß
die Petersburger Kriegstreiber die Ereignisse überstürzten
und den Verhandlungen ein jähes Ende bereiteten, indem
sie die allgemeine Mobilisierung gegen Deutschland durch-
setzten.

In England lagen die Dinge weniger einfach. An-
scheinend war die Regierung in London davon befremdet,
daß Rußland die Krisis so rasch auf die Spitze trieb.
Minister Grey war gewiß von der Unvermeidlichkeit des
Kriegs auch überzeugt. Von der englischen öffentlichen
Meinung läßt sich das nicht sagen. Sie hat damals, am
29. und 30. Juli, den Weltkrieg um einer Balkanfrage willen
abgelehnt. Dieser Sachverhalt war in Petersburg und Paris
wohl bekannt: Es ist interessant, zu sehen, wie die bereits
zum Kriege entschlossenen Zweibündnisgenossen in diesen kri-
sischen Tagen ängstlich, dringlich, aber mit großer Vorsicht
um die sofortige englische Unterstützung wärben.

Das bereits in der öffentlichen Besprechung eine Rolle
spielende Buch: „Die Fällungen des russischen Orange-
buchs. Der wahre Telegrammwechsel Paris—Petersburg bei
Kriegsausbruch“, Herausgegeben von Freiherrn G. v. Kom-
berg, Gesandter z. D. Mit Genehmigung des Auswärtigen
Amtes, Berlin, Vereinigung wissenschaftlicher Verleger, wirft
ein völlig neues Licht über diese Vorgänge. Wir sind in der
Lage, folgendes daraus mitzuteilen:

Bereits in dem Telegramm Sazonow Nr. 1551
vom 29. Juli nach Paris und London, in dem er die „Un-
vermeidlichkeit des Kriegs“ ankündigte, heißt es zum Schluß:
„Dankt Sie der französischen Regierung für die Erklärung,
die der französische Botschafter in Ihrem Namen abgab, daß
wir nämlich vollständig auf die Unterstützung des uns ver-
bündeten Frankreich zählen können. Unter den gegenwärtigen
Umständen ist uns diese Erklärung besonders wertvoll.
Es wäre sehr wünschenswert, daß auch England, ohne Zeit
zu verlieren, sich Frankreich und Rußland anschließe, da es
England nur auf diese Weise gelingen wird, eine gefährliche
Verschiebung des europäischen Gleichgewichts zu verhindern.“

Die französische Regierung ließ alsbald, am
30. Juli, ihren Botschafter in London auf den Eintritt des
Zweibündnisses hinweisen. Grey hielt jedoch den Augenblick
noch nicht für gekommen. Der französische Botschafter
wußte sehr wohl, daß die englische Regierung auf die
öffentliche Meinung ihres Landes Rücksicht zu
nehmen gezwungen war. Er drängte daher nicht weiter.
Sein russischer Kollege Sazonow berichtete über diese wichtige
Unterredung: Cambon bestand nicht weiter darauf, da von
England ernste Maßnahmen nicht nur zur
See, sondern auch auf dem Lande getroffen
worden sind. Cambon sagte, daß nach seiner Meinung
die Lage sich in den Augen des Parlaments noch nicht ge-

nügend geklärt hat, damit Grey, ohne zu riskieren, noch
heute offen auftreten könnte.“

Diese Rücksicht auf England und die öffentliche Meinung
dieses Landes hielt bis zum letzten Augenblick an. Ramentlich
in Paris war man ängstlich bemüht, den Entschluß zum
Krieg nach außen hin geheim zu halten und
Deutschland mit der Mobilisierung und der Kriegserklärung
die Vorhand zu lassen. Noch am 1. August tele-
graphierte der russische Botschafter Iswolski unter Nr. 218
nach Petersburg: „Aus politischen Erwägungen, die sich
sowohl auf Italien als auch ganz besonders auf Eng-
land beziehen, ist es für Frankreich sehr wichtig, daß die
französische Mobilisierung der deutschen nicht vorhergehe,
sondern die Antwort auf letztere bildet.“

Wer den Vertreter Rußlands auf diesen Gedankengang
brachte, läßt sich leicht erkennen, wenn wir ein anderes Tele-
gramm Iswolskis vom 1. August heranziehen, nämlich
Nr. 222, in dem mitgeteilt wird, auf die Nachricht von der
Kriegserklärung Deutschlands an Rußland habe Poincaré er-
klärt, Frankreich sei entschlossen, seine Bündnispflichten „völlig
und ganz zu erfüllen“, aber „aus Erwägungen“, die sich
hauptsächlich auf England beziehen, wäre es besser, wenn
die Kriegserklärung nicht von Seiten Frank-
reichs, sondern von Seiten Deutschlands er-
folgt.“

Die Bemühungen um England ließen die Verbündeten
sogar nicht von der Verbreitung bewährter Unwahr-
heiten zurückschrecken. Die französische Regierung wußte
seit dem Abend des 30. Juli sowohl aus den Erklärungen
des österreichisch-ungarischen Botschafters in Paris, wie auch
aus den Mitteilungen Iswolskis, der von den Schritten des
österreichisch-ungarischen Botschafters in Petersburg berich-
tete, daß Oesterreich nunmehr zum Einlenken und zu
Verhandlungen über die serbische Frage bereit sei.
Trotzdem gab Poincaré am 1. August Rußland den Rat,
diesen Sachverhalt England gegenüber abzuleugnen.
Der russische Botschafter berichtete hierüber in nachstehendem
Telegramm:

„Der russische Botschafter in Frankreich an den
Minister des Auswärtigen in Petersburg.
Telegramm Nr. 233.“

Paris, den 19. Juli/1. August 1914. v
Poincaré sagte mir, daß der österreichische Botschafter
in den letzten Tagen Viviani und ihm selbst energisch
versichert habe, daß Oesterreich uns seine Bereitwillig-
keit erklärt habe, nicht nur die territoriale Integrität Ser-
biens, sondern auch dessen souveräne Rechte zu respektieren,
daß wir aber absichtlich diese Erklärungen
verschwiegen hätten. Auf meine Bemerkung, daß
dies ganz erlogen sei, antwortete Poincaré, derartige Er-
klärungen seien von Oesterreich auch in London abgegeben
worden, wo sie einen sehr gefährlichen Eindruck machen
können, und deshalb sollte man sie auch dort abtuegen.
Iswolski.“

Besonders ängstlich suchte man in Paris die Kriegserklä-
rung an Deutschland zu vermeiden. Mit offener Genug-
tung berichtete daher Iswolski am 2. August:

Der russische Botschafter in Frankreich an den Minister
des Auswärtigen in Petersburg.
Telegramm Nr. 266.“

Paris, den 20. Juli/2. August 1914.

Die Deutschen überschreiten in kleinen Abteilungen die
französische Grenze und auf französischem Gebiet haben be-
reits einige kleinere Zusammenstöße stattgefunden. Dies
gibt der französischen Regierung die Möglichkeit, dem zu
Dienstag (4. August) zusammenberufenen Parlamente zu
erklären, daß Frankreich überfallen worden ist,
und eine förmliche Kriegserklärung zu ver-
meiden. Heute hat man die Nachricht erhalten, daß die
deutschen Truppen luxemburgisches Gebiet betreten haben
und dadurch die Neutralität des Herzogtums verletzt haben,
die durch den unter anderem auch von England und Ita-
lien unterzeichneten Vertrag des Jahres 1867 garantiert
wird. Dieser Umstand wird für sehr vorteilhaft
für Frankreich gehalten, da er unbedingt einen Pro-
test von Seiten Englands hervorrufen wird und letzteres
veranlassen kann, mehr Energie zu zeigen. Es liegen noch
Nachrichten vor, denen zufolge deutsche Truppen angeblich
in der Richtung auf Arlon vorrücken, was auf die Ab-

icht hinweist, auch die belgische Neutralität zu verletzen.
Dies wird für England noch fühlbarer sein. Viviani
hat sofort nach London telegraphiert und den französischen
Botschafter angewiesen, Greys Aufmerksamkeit auf diesen
Umstand zu lenken.
Iswolski.“

Angeichts dieser Enthüllungen steht zweifellos unüber-
leglich fest: Erstens läßt sich die Lüge, Frankreich sei am
3. August von Deutschland „überfallen“ worden, nicht länger
aufrechterhalten. Zweitens sehen wir, daß die leitenden Män-
ner in Paris durch ein äußerst geschicktes Spiel hinter den
Kulissen in England die falsche Vorstellung machzurufen
wußten, daß Deutschland der Angreifer sei, daß sie alles da-
ran setzten, um die Wahrheit zu verhüllen und daß der letzte
Zweck dieses Vorgehens war, die sofortige Hilfe des britischen
Reichs zu erwerben und dadurch den europäischen Krieg zu
einem Weltkrieg zu machen.

Das Abkommen von Mudania

Ein Erfolg Englands

Paris, 5. Okt. Die „Chicago Tribune“ meldet, die Be-
sprechung in Mudania habe folgendes Ergebnis gehabt:

1. Die Griechen erhalten den Befehl, Thrazien binnen
10 Tagen zu räumen. Weigern sie sich, so werden die
Schiffe der Verbündeten die griechischen Häfen blockieren und
Kemals Heer würde der Uebertritt auf thrazischen Boden
gestattet, um die Griechen mit Waffengewalt zu verjagen.
Die Engländer ziehen sich „auf Tschana“ und über die
bei den Verbündeten in Konstantinopel. Neben der Ver-
waltung der Verbands-Kommission solle eine Verwaltung
der Regierung von Angora eingesetzt werden.

3. Engländer und Türken räumen das neutrale Gebiet.
Die Engländer ziehen sich „auf Tschana“ und über die
Dardanellen nach Gallipoli (europäisches Ufer) zurück. (Die
Engländer würden demnach im Besitz der beherrschenden
Punkte in den Dardanellen bleiben. D. Schr.)
Der Berichterstatter fügt hinzu, die türkischen Truppen
werden in Thrazien erst nach Unterzeichnung des Friedens-
vertrags einrücken dürfen. Die englischen und italienischen
Besatzungen werden durch französische Truppen verstärkt, bis
die türkische Gendarmerie (nicht Truppen!) und die
Polizei- und Verwaltungsbeamten eingetroffen seien.

Das Abkommen umfaßt 6 Artikel. Es wurde an Bord
eines französischen Kriegsschiffs bei Mudania unterzeichnet.
Die Verhandlungen wurden in verständlichem Sinn geführt.
Die Türken machten verschiedene Einwendungen, die heute
noch besprochen werden müssen.

Widerstand der Griechen?

London, 5. Okt. Reuter meldet aus Athen, der Krato-
minister habe einen Aufruf erlassen, daß alle Dienstfähigen
als Freiwillige ins Heer eintreten. — Das Gedränge wird
nicht groß werden.

Aus Smyrna sind jetzt alle Flüchtlinge, insgesamt 180 000,
weggeschafft.

Die Meinung Hayashi

London, 5. Okt. Einem Vertreter der Büro Reuter gegen-
über äußerte der japanische Botschafter, die beste Lösung der
Orientfrage wäre, die Freiheit der Meerengen der Obhut des
Völkerbunds zu übergeben und die Türkei aufzufordern, Mit-
glied des Bunds zu werden.

Max Renna über das Londoner Ultimatum

Newyork, 5. Okt. Der frühere britische Schatzkanzler und
jetzige Vorsitzende der Londoner Joint City and Mioland-
bank in London, Max Renna, hielt gestern bei einer Zu-
sammenkunft der Vertreter der amerikanischen Bankiers eine
Rede über die Entschädigungen und die internationalen
Schulden. Die Frage sei, wie groß die Zahlungsfähigkeit
Deutschlands sei. Um zu bezahlen, müsse Deutschland „er-
zeugen“. Erzeugung an sich jedoch sei nicht genug. Deutsch-
land muß auch einen Markt für seine Ausfuhr finden. Und
damit handle es sich um die Frage der Feststellung einer
möglichen Ausdehnung des deutschen Ausfuhrhandels.
Deutschland habe die meisten seiner ausländischen Kapital-
anlagen verloren. Die deutschen Schiffe seien beschlagnahmt
und Deutschland sei einiger seiner produzierenden Gebiete
beraubt worden. Zu keiner Zeit seien Deutschlands ausfuhr-
fähige Ueberschüsse genügend gewesen, um die Zahlungs-
bedingungen des Londoner Ultimatus zu erfüllen. Daß
Deutschland dies jetzt tun könne, sei völlig ausgeschlossen.
Deutschland sei augenblicklich nicht fähig, einen Ueberschuß
aus der Ausfuhr der Waren zu erzielen. Dabei sei es ge-
zwungen, Lebensmittel einzuführen, ferner infolge des Ver-
lustes eines großen Teils seiner Mineralgebiete, sowohl
Eisenerz als auch Kohlen. Ein vermehrter ausführbarer

Umschlag könne daher nur durch eine Ausdehnung des Verkaufs von Fertigwaren erzielt werden. Um dies im Wettbewerb mit anderen Nationen tun zu können, müsse es Ueberstunden für geringeren Lohn leisten, die Gewinne verkleinern und seine Einfuhr herabsetzen. Die Konkurrenten Deutschlands würden aber nicht zusehen wollen, wie es ihren eigenen Handel ruinere. Sie würden einer zunehmenden Arbeitslosigkeit und schweren Verlusten gegenübergestellt sein. Bei der augenblicklichen Lage Deutschlands sei ein Verkauf von Markt an das Ausland eine unvermeidliche Folge der Beschlagnahme der Entschädigungen. Diese Vorgänge seien eine genügende Erklärung für das erstaunliche Fallen der Markt. Keine Regierung könne bei der heutigen Lage Deutschlands einen zwangsweisen Verkauf durchsetzen. Eine Vorbedingung für das Zustandekommen des Marktes sei, daß lange Zeit nichts mehr von Deutschland verlangt werde, und betonte, die Gläubiger Deutschlands könnten nur gewinnen, wenn sie den Versuch ausgaben, Zahlungen in Gold für einen Zeitraum in den nächsten drei Jahren zu erhalten. Zum Schluß trat Mac Kenna dafür ein, daß der Betrag, den die Schuldner bezahlen können, durch eine Untersuchung ihrer ausführbaren Ueberstände auf einer vollkommen freien Konferenz zwischen Gläubigern und Schuldern festgestellt werden soll.

Neue Nachrichten

Deutsches Privateigentum in Belgien

Berlin, 5. Okt. Der Bund der Auslandsdeutschen e. V. Berlin, Klosterstraße 75, macht darauf aufmerksam, daß das nach dem belgischen Zwangsverwaltungsverfahren beschlagnahmte deutsche Privatvermögen und die Familienpapiere bis zum Wert von 25 000 Francs auf Antrag freigegeben werden können. Die Eingabe müsse auf Stempelpapier geschrieben und bei dem Gerichtspräsidenten eingereicht werden, der die Zwangsverwaltung verfügt hat.

In Deutschland lebt sich gut

Berlin, 5. Okt. Die Botschafterkonferenz in Paris erhöhte die Bezüge der Mitglieder der feindlichen Ueberwachungskommissionen mit Wirkung vom 1. September an auf das Dreifache der bisherigen Höhe. Demgemäß erhalten fortan monatlich, außer dem Heimatsgehalt, der Vorgesetzte General 310 800 M., die sonstigen Generale, sowie die Obersten und Oberstleutnants 229 425 M., die sonstigen Obersten, Oberstleutnants, sowie Majore 163 875 M., die sonstigen Majore 147 525 M., Hauptleute, Leutnants und Unterleutnants 139 275 M., Unteroffiziere 75 730 M., Gemeine 45 900 M.

Millionenuntererschleife

München, 5. Okt. Beim Wohlfahrtsausschuß (Freibank) in München sind, wie die M. Augsb. Ztg. berichtet, Veruntreuungen in Höhe von mehreren Millionen Mark aufgedeckt worden. Bei einem der Schuldigen sollen Waren für eine halbe Million, bei einem anderen solche für eine Million Mark gefunden worden sein. Die Verhafteten geben an, daß sie die Waren im Einverständnis mit dem Vorstand des Wohlfahrtsausschusses gekauft haben.

Die verlorene Abdankung

Athen, 5. Okt. Großes Aufsehen erregte die Tatsache, daß die Abdankungsurkunde des Königs Konstantin in der Staats-Druckerei, wo sie durch Druck vervielfältigt werden sollte, verschwunden war. Nach einigen Tagen kam sie jetzt plötzlich wieder zum Vorschein. Wo sie inzwischen geblieben war und zu welchem Zweck sie „verschwunden“ worden ist, ist unbekannt.

Venezelos in England abgestuft

London, 5. Okt. Venezelos veröffentlicht in der „Times“ seine Pläne über die Wiederherstellung Griechenlands, findet aber in der öffentlichen Meinung keine Unterstützung. Die Blätter raten ihm, den englischen Boden so schnell als möglich zu verlassen, da seine Pläne England nur in kriegerische Verwicklungen bringen würden.

Die Zahl der Blätter nimmt zu, die die Regierung auf-fordern, im Einvernehmen mit den Verbündeten die Orientfrage friedlich zu lösen.

Unverbürgte Nachrichten

Paris, 5. Okt. Havas verbreitet ein Gerücht, die türkische

Was mein einst war.

Roman von Fr. Lehne.

23.

(Nachdruck verboten.)

Dennoch fragte die Baroness: „Waren Sie bis zuletzt draußen?“

„Ja, Baroness, bis zum letzten bitteren Ende. Es ist mir nichts erspart geblieben.“ Sein Gesicht trug bei diesen Worten einen Ausdruck mühsam verhaltenen Qual, und in zornigem Schmerz blickten seine Augen.

Sie sah, daß er liti.

„Schwer war das alles,“ sagte sie leise, „und was dann kam — mein Vater ist alt darüber geworden. Wir können uns nicht mit der neuen Zeit befreunden — ich kann, und ich will auch nicht umlernen.“

Karl Günther erwiderte nichts darauf; nur seine Lippen verzogen sich zu einem grimmi-gen Lächeln. Erdmüte verabschiedete sich. Der Herr dankte ihr vielmals für ihre Aufmerksamkeit; er wollte die Bücher sehr schnell lesen.

„Oh, es eilt durchaus nicht, Hochwürden. Und noch eins. Beinahe hätte ich vergessen: Papa erwartet Sie heute abend zu einem Blandierstündchen. Ich darf doch Ihre Zulage mitnehmen?“

Karl Günther wurde mit einem freundlichen Kopfschütteln bedacht, dann hatte sich die Tür hinter ihr geschlossen.

Wenn er geahnt, welches Interesse Erdmüte Eggersdorf an ihm hatte, seit sie die ersten Worte mit ihm gewechselt! Denn sie spürte: er gehörte zu ihren Kreisen, und peinlich sogar empfand sie es, daß ein Mann wie er dienen mußte — ein Mann, der etwas ganz ausgesprochen Herrscher- und Herrenmäßiges an sich hatte.

Wie konnte er das verleugnen; immer von neuem fiel es ihr auf, wenn sie ihn sah. Dester war dies der Fall; denn jedesmal, hatte sie im Dorje zu tun, führte ihr Weg an Jakob Dangelmanns Hause vorüber.

Regierung wolle für das türkische Reich eine neue Hauptstadt schaffen und Konstantinopel aufgeben. — Für die Befreiung Thraziens soll ein neues türkisches Heer von 80 000 Mann in den befreiten Gebieten ausgehoben werden.

Die Hilfsanleihe für Oesterreich

Genf, 5. Okt. In der gestrigen Schlußsitzung des Völkerbunds ratis teilte Balfour (England) den Beschluß einer Hilfsanleihe für Oesterreich mit. Nur mit Anstrengung aller Kräfte und bei strengster Durchführung der Verpflichtungen sei Oesterreich zu retten. Bundeskanzler Dr. Seipel dankte dem Völkerbund für die gute Arbeit und versprach, daß Oesterreich alles tun werde, um seine Verpflichtungen zu erfüllen. Er hoffe, daß die Ueberwachung Oesterreichs wieder aufgehoben werde, wenn es seine Finanzen wieder in Ordnung gebracht habe. Darauf wurden die Urkunden unterzeichnet.

Die Spaltung der italienischen Sozialisten

Rom, 5. Okt. Der Parteitag der italienischen Sozialisten nahm mit großer Mehrheit einen Antrag Lazarus an, die rechtsstehenden Sozialisten auszuschließen. Diese sind gleichwohl in großer Mehrheit, da sie im Abgeordnetenhause 80 Sitze inne haben, während die neue radikale Partei, die auf dem Parteitag allerdings stärker vertreten war, 42 Sitze hat. Die sozialistischen Parteien haben infolge des Vorgehens der Faschisten nur noch 73 000 eingeschriebene Mitglieder im ganzen.

Die Neuwahl des Reichspräsidenten

Berlin, 5. Okt. Die Reichsregierung schlägt dem Reichstag den 3. Dezember als Tag für die Reichspräsidentenwahl vor.

Fehlbetrag im Reichshaushalt

Berlin, 5. Okt. Wie verlautet, haben im Vierteljahr Juli-September die Einnahmen des Reichs den Boranschlag um fast 40 Prozent überschritten, während die Ausgaben infolge der Gehalts- und Lohnerhöhungen den Boranschlag um etwa 100 Prozent übersteigen.

Abbruch der Besoldungsverhandlungen

Berlin, 5. Okt. Die seit einer Woche geführten Verhandlungen über die Neuregelung der Beamtengehälter sind vom Reichsfinanzministerium als aussichtslos abgebrochen worden, da bezüglich der Grundgehälter keine Einigung zu erzielen war.

Aufhebung der Tabaksperr

Berlin, 5. Okt. Da sowohl Reichsrat wie Reichswirtschaftsausschuß sich nur für eine geringere Mehrbelastung des Tabaks ausgesprochen haben, hat die Reichsregierung auf die Erhöhung des Tabakzolls ganz verzichtet und die Einfuhrsperre aufgehoben.

Württemberg

Württemberg gegen die Erhöhung der Postgebühren

Stuttgart, 5. Okt. Am Landtag teilte Finanzminister Dr. Schall mit, die württembergische Regierung habe ihren Vertreter im Reichsrat beauftragt, von der Reichspostverwaltung Auskunft darüber zu verlangen, ob sie die Gründe für das günstige Betriebsergebnis der Oberpostdirektion Stuttgart genau untersucht habe und ob sie bereit sei, die Anwendung der Verwaltungsgrundsätze, denen die Oberpostdirektion Stuttgart ihren Erfolg verdanke, auch bei den übrigen Oberpostdirektionen anzuordnen und mit aller Bescheidenheit durchzusetzen, sowie dem Reichsrat sofort eine Denkschrift darüber vorzulegen. Weiter erklärte der Minister, daß die württ. Regierung die Erhöhungen in dem von der Reichsregierung vorgeschlagenen Umfang, insbesondere bezüglich des Postarten- und Briefpostos, sowie der Fernspreckgebühren für zu hoch halte und daher gewillt sei, einer erheblich geringeren, der Geldwertung entsprechenden, Erhöhung zuzustimmen.

Stuttgart, 5. Okt. Kleine Anfrage. Die Mehrheitsparteien haben im Landtag an die Regierung eine Anfrage betr. die steigende Not der Flüchtlinge aus Eschaf-Bohringen und der Kolonial- und Auslandsdeutschen gerichtet, unter denen große Erbitterung Platz gegriffen hat, weil die Spruchkammern des Reichsschlichtungsausschusses die Schadensfälle überaus schleppend behandelt. Sie fragen, ob das Staatsministerium bereit ist, bei der Reichsregierung hiegegen Einspruch zu erheben.

Stuttgart, 5. Okt. Breistreiberi im Obster.

Auch sonst begegnete sie ihm zuweilen draußen im Walde oder auf dem Felde, wenn sie ihre Spazierritte machte. Sie war eine sehr gute, sichere Reiterin, und ihr größter Genuß war, des Morgens in aller Frühe auszureiten, allein, ohne jede Begleitung, trotz des Widerspruchs ihres Vaters, aber sie liebte nicht, vom Diener oder Reitknecht begleitet zu werden. Es störte sie Körperlich sowohl wie seelisch, sie wollte ganz frei und ungehindert sein.

Und Furcht hatte sie nicht; ihre prächtige Dogge, ohne die sie kaum zu sehen war, war ihr Schutz genug. Es hätte des Revolvers gar nicht bedurft, den sie stets bei sich trug.

„— „Wer es doch auch so gut haben könnte wie die Baroness!“ sagte Marie Dangelmann zu Karl Günther, indem sie neidvoll der jungen Dame nachblickte, die auf ihrem Gostfuchs mit leichtem Galopp auf der Dorfstraße entlang sprengte.

„Ah, Sie möchten ebenfalls ein Reitpferd haben, Marie?“ fragte Karl Günther in leichtem Spott.

Marie mußte doch lachen. — „Sie wissen recht gut, wie ich das meine,“ entgegnete sie dann ernster — „die Baroness hat es doch herrlich auf der Welt, die braucht sich nicht zu plagen wie unsereins.“

„Ist das wohl so erstrebenswert, das Nichtstun? Man muß nie einen Menschen beneiden, Marie! Sie haben am allerwenigsten Grund dazu — Sie sind gesund, hübsch, haben ein gutes Auskommen, können für sich arbeiten — was fehlt denn da zum Glückseligkeit! Nichtstun an Geld macht es wirklich nicht.“

Sie seufzte. — „Ach, ich soll kein Glück in meinem Leben haben —“ mit einem sehnsüchtigen, jähmachenden Blick sah sie dabei Karl Günther an, dem das peinlich war — er konnte und wollte ihr Werben nicht verstehen!

Sie standen beide vor dem Hause. Marie hatte die Hüfner herausgelassen und gab ihnen Futter — Karl Günther hatte die Sense über der Schulter; er wollte gehen und Frutter mähren.

refr. Die Adg. Groß, Heymann, Scheef und Bides haben namens ihrer Fraktionen folgende dringliche Anfrage im Landtag eingebracht: Die württ. Großbrauereien haben in den letzten Tagen ohne im Besitz von Handelslaubensscheiden zu sein, große Obstmengen zu Most- und Speiseobst in wenigen Tagen um einige 100 Mark für den Zentner in die Höhe getrieben worden. Das Bucheramt hat nun diese aufgekauften Obstmengen beschlagnahmt, weil in dem Vorgehen eine unerhörte Preistreiberi festgestellt worden ist. Die Stadtdirektion Stuttgart hat nach der Beschlagnahme des Ernährungsministeriums, den Preis für Most- und Speiseobst, entsprechend der reichen Ernte, in mäßigen Grenzen zu halten, durchkreuzt worden. Ist der Ernährungsminister im Interesse der Allgemeinheit bereit, diesen Mißständen sofort wirkungsvoll zu begegnen? Ist er bereit, die nachträglich ausgestellten Großhandelslaubensscheine für Großbrauereien ungültig zu erklären und sofort Maßnahmen zu treffen, um die aufgekauften Obstmengen zu angemessenen Preisen der minderbemittelten Bevölkerung zur Verfügung zu stellen?

Stuttgart, 5. Okt. Die Bezüge der Landtagsmitglieder. Dem Landtag ist ein Gesetzentwurf über Änderung der Entschädigung der Landtagsmitglieder zugegangen. Danach soll erhöht werden der Monatsbezug von 2000 auf 6000 M., das Taggeld von 200 auf 800 M., das Gehalt des Präsidenten von 4000 auf 12 500 M., der Abzug für Fehlen in den Sitzungen von 75 auf 200 M. Das Gesetz soll mit Wirkung vom 1. September 1922 in Kraft treten.

Stuttgart, 5. Okt. Die Obstfrachten. Eine Abordnung des Vorstands der Landwirtschaftskammer wurde dieser Tage beim Staatspräsidenten Dr. Hieber wegen der Obstfrachten der Reichseisenbahn vorstellig, die eine zweckmäßige Verteilung und Verwertung des Obstes schlechthin unmöglich machen. Neuerdings sind endlich ja einige Vergünstigungen eingetreten, aber bei der gleichzeitigen allgemeinen Erhöhung der Frachtgebühren sind sie so gut wie wertlos geblieben. Die Obstfrachten (in Wagenladungen) betragen z. B. jetzt noch rund das Sechsfache der Kohlen- und das Vierfache der Zementfrachten. Noch schlimmer steht es bei den Stückgutfrachten. So werden die Erzeuger geradezu gezwungen, trotz Verbots das Obst in die Branntweinfabrik zu verkaufen, um es nicht verderben zu lassen, zumal keine Brennstoffe vorhanden sind, um das Obst wenigstens zu dörren. Die Abordnung verlangte eine schleunige Ermäßigung der Obsttarife, mindestens ihre Gleichstellung mit den Frachten für Kartoffeln, Kohlen und Zement.

Stuttgart, 5. Okt. Rotgeld. Die Stadt hat die Ermächtigung zur Ausgabe von Rotgeld erhalten und heute den ersten Teil der zur Ausgabe gelangenden 1000 M.-Scheine in der Verkehr gebracht. Die Umlaufzeit ist auf 2 Monate begrenzt.

Stuttgart, 5. Okt. Kartoffelhilfe. Der Gemeinderat beschloß, den Inhabern von Minderbemitteltenausweisen Gutscheine von 150 Mark auf den Zentner Kartoffeln bis zur Höhe von 8 Zentnern unverzinslich abzugeben. Der Vor-schub soll bis 1. Mai n. J. zurückbezahlt werden.

Stuttgart, 5. Okt. Kunstversteigerung. Die königliche Familie bringt einen Teil der reichhaltigen Kunstsammlungen in dem dem Staat gehörenden Schloß Wilhelma zum Verkauf.

Stuttgart, 5. Okt. Von der Kunstgewerbeschule. Das Winterhalbjahr an der Kunstgewerbeschule beginnt am Montag, den 16. Oktober 1922 und endet am 23. Februar 1923. Neben dem ordentlichen Unterricht findet bei genügender Beteiligung in der Zeit vom 1. November bis Ende Februar ein besonderer Kurs für Denkmalarbeiten für Meister und Gehilfen des Bildhauer- und Steinhauerwerkes statt.

Stuttgart, 5. Okt. Fahnenflucht! Der Schütze Ernst Wiefensfahrt und der Grenadier Wilhelm Börner von Alperg waren vor einiger Zeit fahnenflüchtig geworden, angeblich, weil das Essen nicht genügend gewesen sei. Als sie sich über Lindau ins Oesterreichische flüchten wollten, wurden sie verhaftet. Das Gericht erkannte auf je 9 Monate Gefängnis und Dienstentlassung.

„Indem er einige Schritte vortrat und sich umfah, sagte er, ihr ~~auswärtig~~ — „die Sonne schießt schon so heiß — ich glaube, wir bekommen ein Gewitter —“ er deutete nach dem Westen — „dort, die Wolkenbank verheißt nichts Gutes — ich will eilen, damit ich mit der Wiese fertig werde.“

Er ritt ihr zu und ging weg. Sie legte vor den blendenden Strahlen der Sonne die Hand über die Augen und blickte ihm nach, so lange sie seine hohe Gestalt sehen konnte. Dann wandte sie sich tief aufseufzend ihrer Arbeit wieder zu. Wie glücklich hätte sie doch sein können, wenn er sie verstanden hätte!

Froh schritt Karl Günther in den leuchtenden Morgen hinein. Feierstunden waren ihm die Früharbeiten, wenn er allein auf dem Felde beschäftigt und niemand weit und breit zu sehen war. Ihn verdross es nicht, daß Jakob Dangelmanns Wiesen und Acker so zerstreut und auseinander lagen, was daher gekommen, daß der Bauer seinen ursprünglichen Besitz durch allmähliche Ankäufe vergrößert hatte, wie er das Geld und die Gelegenheit dazu gehabt!

Karl Günther machte vielleicht eine halbe Stunde emsig gearbeitet haben, als ein leises fernes Donnernrollen ihn aufhorchen ließ. Er blickte um sich; der Sonne goldiger Glanz war einem fahlen Schein gewichen; ganz verändert lag mit einem Male die lustig lachende Landschaft; die Wolkenbank hatte sich dick und drohend herangeschoben, und vereinzelt züngelten schon Blitze daraus hervor.

Mit verdoppelter Schnelligkeit und Kraft mähete er weiter; er wollte gern fertig werden, um am nächsten Tage nicht noch einmal anfangen zu müssen.

Das nahende schwere Gewitter schreckte ihn nicht. Er sah die auf den benachbarten Feldern Arbeitenden flüchten; doch er blieb, obwohl man ihm rief, auch aufzuheben, denn es drohte böse zu werden.

Fortsetzung folgt.

Stuttgart 4. Okt. Kleine Anfrage. Beim Landtag ist folgende Anfrage Bazille eingegangen: Warum ist die Fahnenweihe der nationalsozialistischen Arbeiterpartei am 2. September verboten worden?

Stuttgart, 4. Okt. Kundgebung. Heute abend 5 Uhr hatten die kommunistischen Betriebsräte eine Kundgebung gegen Teuerung, Wucher und Verelendung des Proletariats auf dem Rathausplatz einberufen. Etwa 250 bis 300 Personen umstanden eine rote Sowjetfahne. Die Kundgebung verlief ohne Zwischenfall.

Winnenden, 4. Okt. Ueberfahren. Auf dem Bahnhof wurde der 25 Jahre alte verh. Hilfsarbeiter Hieber aus Gantenbach beim Einfahren eines Zugs von der Lokomotive erfasst und unter den Zug geworfen. Er war sofort tot.

Stuttgart 5. Okt. Bauern und Presse. Wie wir hören, nimmt der Bundes-Hauptverband Anlaß, im kommenden Winter neben Organisationsvorträgen auch solche über die Presse und die Beziehungen der Bauern zu der Presse auf dem Lande zu veranstalten.

Stuttgart, 5. Okt. Aus dem Parteileben. Der Mittelständische Ausschuß der Deutschnationalen Volkspartei nahm nach einem Bericht des Abg. Wider über Aufsaugung des Geschäftskapitals durch Wucher und Wucherer eine Entschlieung an, die die neue Gesetzgebung gegen den Wucher als verfehlt ablehnt, weil sie dem schafften, auf Lagerhaltung angewiesenen Geschäftsmann die Betriebsführung erschwere, ohne die eigentlichen Wucherer und Schieber zu fassen. Industrie, Handel und Gewerbe müssen sich gegen die drohende Erdrückung des Privatkapitals zusammenschließen. — Zum Vorsitzenden des Mittelständischen Ausschusses wurde Abg. Siller-Ludwigsburg gewählt.

Lauffen a. N., 5. Okt. Hohes Spiel. Bei einem Fußball-Wettbewerb wurde einem Heilbronner Spieler der linke Fuß unterhalb des Knies abgeschlagen. Das Spiel soll äußerst roh geführt worden sein.

Tübingen, 5. Okt. Von der Universität. Die ordentliche Professur für Kirchen- und Dogmengeschichte an der ev.-theologischen Fakultät ist dem Professor Dr. Scheel daselbst übertragen worden.

Heidenheim, 5. Okt. Unterstützungen. Der Bezirkswohlfahrtsverein hat aus Mitteln der Kapitalleihenunterstützung an 156 Antragsteller des Bezirks 481 500 M. in durchschnittlichen Gaben von 2000 M. verteilt. Für die Mittelstandsnothilfe sind seit der letzten Verteilung im März ds. Js. 286 000 M. eingegangen, darunter von den Industrielichen des Bezirks 153 700 M. An bedürftige Angehörige des Mittelstands konnten durchschnittlich 1000 M. verteilt werden.

Heidenheim, 5. Okt. Gemeiner Diebstahl. Ein Bierführer brachte mit seinem Bierfuhrwerk ein Stümphen Mehl von 70 Pfund für eine Arbeiterfrau, die den Sommer über auf dem Land arbeitete. Das Mehl wurde gestohlen, wodurch die arme Frau um ihren ganzen Sommerdienst kam.

Vöhringen, 5. Okt. Brandfälle. Das Wohn- und Ökonomiegebäude des Landwirts Anton Fehle in Vöhringen ist abends vollständig niedergebrannt. In Wolfental ist die gefüllte Feldscheuer des Winzbauern Schäfer nachts den Flammen zum Opfer gefallen. Brandursache wird vermutet.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 4. Okt.

Nach zmonatiger Pause nahm der Landtag gestern nachmittag seine Vollsitzung wieder auf und behandelte zunächst in rascher Reihenfolge 19 Kleine Anfragen, darunter auch eine solche über die Not der Presse. Vom Regierungsrat wurde erklärt, daß dem Verein Württ. Zeitungsvorleger, ähnlich wie in Baden, ein namhafter Staatskredit zur Verfügung gestellt wird. Da die Verhandlungen schon am Mittwoch stattfinden, soll eine entsprechende Vorlage dem Landtag binnen kurzem zugehen.

Hierauf trat das Haus in die 1. Beratung des Entwurfs des Staatshaushaltplans für 1922 ein.

Finanzminister Dr. Schall entschuldigte die verspätete Vorlage mit der durch die Verschiebung der Verhältnisse bedingten außerordentlichen Belastung aller Verwaltungen. Der Abschluß für 1919 sei endlich im Herbst 1921 zustande gebracht worden, während der Zeitpunkt des Abschlusses für 1920 noch ungewiß sei. Für das Rechnungsjahr 1920 steht der Abschluß leider noch aus. Ueber das wirkliche Ergebnis des Rechnungsjahrs 1921, das mit einem Fehlbetrag von 82,5 Millionen Mark rechnet, läßt sich noch nichts sagen. Den Voranschlagszahlen für 1922 liegen so ziemlich überall die Preise von 1921 zugrunde. Die Geldentwertung wirkt alle Berechnungen über den Haufen. Der Mehraufwand des Staats für die Juni-Aufbesserung der Beamten, Pensionäre usw. betrug 400 Mill., für die Juli-Aufbesserung 530, für die August-Aufbesserung 1400 Mill. Die Gehaltsnachzahlungen in der letzten Septemberwoche betrugen 1050 Millionen. Bei den sachlichen Aufwendungen liegen die Dinge noch schlimmer.

Schall fortfahrend: Man wird vorgegebene Neubauten zurückstellen müssen. Für nicht zurückstellbare sind große Nachforderungen zu erwarten. Ein Bogen Kanzleipapier kostet 6,50 M. Ueberste Sparbarkeit wird geübt. Auch der Landtag muß sich mit Anträgen und Beschlüssen zum neuen Planentwurf Zurückhaltung auferlegen. Trotz der Gehaltserhöhungen bleiben die wirklichen Einkommen der Beamten hinter dem Friedenseinkommen zurück. In Württemberg hatten wir vor dem Krieg nach Abzug der in den Reichsdienst übergetretenen Beamten 12 384 Beamten- und Lehrerstellen, nach dem Planentwurf künftig 14 723, was in 9 Jahren eine Zunahme von 18,9 Prozent bedeutet. Der Abmangel beträgt 771,7 Mill. Die Reichszuschüsse werden nur einen Teil des Abmangels decken können und man wird nach neuen Einnahmen suchen müssen. Dabei kommt in Frage die Hinaufsetzung des Steuersatzes für die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer von 5 auf 6 Prozent. Solange man durch den Vertrag von Versailles Unerwartungsvolles aus uns herauszupressen sucht, ist an eine Besserung und Erholung nicht zu denken, muß die Mark immer weiter sinken. Die bisherige gute Geschäftslage in Industrie und Handel war nur Schein. Jetzt melden sich die Zeichen des Umschlages. Die Geldknappheit ist außerordentlich geworden; die Zollstrafen sind immer schwerer zu überwinden; die Kaufkraft der Bevölkerung geht fortwährend zurück. Schwere Erschütterung des Wirtschaftslebens werden aber auch dann nicht ausgeschlossen, wenn einmal eine gewisse Festigung des Marktes eintreten würde.

(149. Sitzung.)

Stuttgart, 5. Oktober.

In der gestrigen Nachmittags-Sitzung hielt Staatspräsident Dr. Hieber seine Eröffnungsrede. Er rief gegen die in schreiendem Gegensatz zu der bestehenden Not

stehende Schlemmerei vor allem das Volksgewissen zum Kampf auf und betonte die Notwendigkeit, Brot- und Kartoffelpreise für die Rinderbeweideten auf erschwinglicher Höhe zu halten. Den Reichsgesetzen zum Schutze der Republik habe die württ. Regierung zugestimmt, weil es sich um eine Lebensfrage des ganzen Volkes gehandelt habe. An den Auseinandersetzungen mit Bayern habe sich die württ. Regierung nicht beteiligt, weil jeder derartige Streit innerhalb deutscher Regierungen nur erschwerend und verschärfend wirken könne. Nachträgliche Verhandlungen über ein verfassungsmäßig zustandekommes Gesetz seien staatsrechtlich und politisch gleich unerwünscht. Die Pflicht der württ. Landesbeamten, sich auf den Boden der Republik zu stellen, stehe klar und unzweideutig fest, und das württ. Beamtentum reiche aus, um einem verfassungswidrigen und verfassungsschädigenden Verhalten von Beamten zu begegnen. Notwendig sei vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Ländern und Reich, dezentralisierte Verwaltung durch Landesangehörige und Berücksichtigung der praktischen Notwendigkeiten der Landestelle. Auf Einhaltung der Verträge werde auch die württ. Regierung dringen. In der sogenannten Schulfrage sei er wiederholt in Berlin vorstellig geworden, und auch die Reichsregierung wende dieser Schulfrage unseres Volkes volle Aufmerksamkeit zu. Nur auf dem Boden der Demokratie und Republik sei positive Arbeit, sei ein Wiederaufbau des Vaterlandes möglich.

Als erster Parteiredner sprach Johann Dr. Beißwänger (B.P.). Er erklärte sich für strengste Sparbarkeit in der Verwaltung und gegen eine allzu große Gesezesbreite des Landtags. Eine Einschränkung der staatlichen Hilfsanstalten sei wohl möglich. Ferner forderte er Pflege der kulturellen Anstalten, größere Unterstützung der Landesuniversität, Abhilfe für die Not der Studenten, Ausdehnung der Hilfsmaßnahmen für Kleinrentner auf weitere Kreise, Maßnahmen gegen die Verschiebung von Lebensmitteln ins besetzte Gebiet und Ausschaltung der Händlergewinne. Hauptursachen der Teuerung seien Ausverkauf durch Ausländer, der die Produktion hemmende schematische Lichtfundentag und als Wurzel all unseres Übels der Versailler Vertrag. Das größte Unglück sei dabei nicht der verlorene Krieg, sondern unsere Uneinigkeit. Die Interessen der württ. Industrie im Wettbewerb mit Norddeutschland würden bei Staffelung der Tarife durch die Reichsverwaltung nicht genügend berücksichtigt. Das Gesetz zum Schutz der Republik bringe eine Art Fremdherrschaft über Württemberg und sei als Ausnahme-gesetz abzulehnen. Man könne sehr wohl auf dem Boden der Verfassung stehen, ohne Republikaner zu sein. Der Feind steht nicht rechts, sondern an den Grenzen. Letztes Ziel ist die Aufhebung des Versailler Vertrags.

Abg. Ulrich (Soz.) verlangte stärkere Heranziehung der Gemeinden und stärkere steuerliche Belastung von Grundbesitz und Industrie, sowie Sparbarkeit durch Aufhebung der Kreisregierungen und Verringerung der Zahl der Oberämter. Abhilfe in der Wohnungsnot sei moralische Pflicht der Allgemeinheit und durchgreifende Sozialpolitik ein Gebot der Staatspflicht. Die Getreideumlage sei für die Volksernährung unerlässlich. Durch den Lichtfundentag sei die Arbeitsleistung gesteigert worden. Vieles sei an der Justizverwaltung und Polizei auszuführen. Der Geist der Jugend müsse in demokratisch-sozialer Richtung umgestellt werden. Zum Schluß wendet sich Ulrich gegen die Rechte, die die „Wortatmosphäre“ geschaffen habe. Mit einer warmen Verteilung der Republik und einem Lob auf die Erfüllungspolitik schloß er seine mehrstündigen Ausführungen.

lokales.

Wildbad, den 6. Okt. 1922.

Einstellung von Bahnbauteilen. Nach einer Mitteilung des Reichsverkehrsministeriums wird eine größere Zahl von Bahnbauteilen mit Rücksicht auf die schlechte Finanzlage eingestellt oder wesentlich eingeschränkt. (Unter diesen Stücken befindet sich übrigens die Linie Titisee-Schluchsee in Baden, deren Schicksal bisher ungewiß schien, nicht.)

Versteuerung des Eisenbahnverkehrs. Vom 1. Nov. an werden die Mindestfahrpreise der Eisenbahn für Einzelarten nach einer Entfernung von 7 Kilometern, für Zeitarten einer Entfernung von 8 Kilometern berechnet werden; der Mindestfahrpreis beträgt dann für die vier Wagenklassen 7, 10, 16 und 30 M. für Monatskarten der drei Klassen 102, 152 und 252 M. Bestimmend für diese Versteuerung soll gewesen sein, daß die bisher billigeren Eisenbahnpreise des Nahverkehrs den kollektiven öffentlichen Verkehrsunternehmungen (Straßenbahnen) den ihnen in erster Linie (1) ankommenden Verkehr entzogen haben.

Diese Begründung der Fahrpreiserhöhung hat jedenfalls den Vorzug, daß sie sich nicht überhöhen läßt. Bedauerlich ist nur, daß an der Ausgleichung der Benachteiligung der „in erster Linie“ kommenden Straßenbahnen auch die große Mehrzahl der Gemeinden mitzutragen hat, die keine Straßenbahnen usw. haben.

Ueberwachung der Märkte. Das württ. Arbeitsministerium hat den mit der Preisüberwachung betrauten Behörden die nachdrücklichste Anwendung der Handhaben gegen Wucher und Schiebertum zur Pflicht gemacht. Den Gemeinden von über 5000 Einwohnern wurde nahegelegt, Preisauausschüsse bei den Prüfungsstellen einzusetzen.

Die Getreideumlage für Württemberg. Der Landwirtschaftshauptverband hat die Kollage, in der die württembergische Landwirtschaft sich angesichts des unerfüllbaren Ableserungs-solls von 35 000 Tonnen Getreide befindet, folgendes Telegramm an den Reichsernährungsminister gerichtet: „Infolge katastrophalen Ausfalls der Ernte ist die württ. Landwirtschaft außer Stande, das sehr hohe Getreideablieferungssoll von 35 000 Tonnen zu erfüllen. Großer Teil unserer Brotfrucht liegt wertlos auf dem Felde. Bitten dringend und in letzter Stunde um Anpassung des Solls an die tatsächlichen Verhältnisse.“ Die württ. Regierung ist nach Mitteilungen an den Landtag im gleichen Sinn in Berlin vorstellig geworden.

Erhöhung der Belohnung für Ueberstunden und nebenamtlichen Unterricht. Nach einer Bekanntmachung des Kultusministeriums wird ab 1. September der Teuerungszuschlag zu den Vergütungen für Ueberstunden und nebenamtlichen Unterricht auf 300 Prozent, der Zuschlag zu der Belohnung der vertragsmäßig angestellten Fachlehrerinnen auf 200 Prozent festgelegt.

Pfostkade. Die Briefträger sind strengstens angewiesen, bei ihren Bestellungen unterwegs keine Sendungen an Briefempfänger auszuhändigen, sondern sie vorschriftsmäßig nur im Haus und an den Haushaltern abzugeben. Verschiedene Unzuträglichkeiten und mißbräuchliche Ausnutzung der Gefälligkeit des Briefträgers durch Briefempfänger haben Veranlassung gegeben, die Vorschrift einzuführen.

Die Not der Altveteranen. Die 21. Vertreterversammlung

des Deutschen Reichslegerbunds „Kampfbund“ hat an die Reichsregierung erneut die dringende Bitte gerichtet, sich der beispiellosen Not, die durch die außerordentliche Entwertung der Mark besonders in den Kreisen der durchweg im Greisenalter stehenden Altveteranen herrscht, zu erinnern. Die Vertreterversammlung forderte dringend eine sofortige erhebliche Erhöhung der Teuerungszulagen, jedoch die Gesamtbezüge monatlich mindestens 200 M. betragen. Ferner hat die Vertreterversammlung von der Regierung Maßnahmen zur Bekämpfung der Not der erwerbsbeschränkten Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen gefordert.

M i e r l e i

Verbotener Hindenburgfilm. Die Filmoberprüfungsstelle in Berlin verbot den von der Filmprüfungsstelle Berlin zugelassenen Bildstreifen „Hindenburg und sein Hindenburg“ der Firma Photo-Kinohaus Schatke in Königsberg für die öffentliche Vorführung im Deutschen Reich.

Uebersehtopfer für die Armen. Das Christliche Gewerkschaftsamt in Herdorf hat in einer Versammlung beschlossen, für die Armen Herdorfs eine halbe Uebersehtopfer zu verkaufen, so daß etwa 400 000 M. freiwillig acopiert werden.

Der Fremdenverkehr in Berlin war auch im September d. J. sehr groß. Politisch waren 123 875 Fremde gemeldet, fast so viel wie im Juli. Darunter waren 32 224 Ausländer oder 26 Prozent. Der Ausländerstrom hängt natürlich mit der Markentwertung zusammen. So sind jetzt im Ausländerbesuch die Tschechen mit 3339 Besuchern an die erste Stelle gerückt, was sich aus der Wertsteigerung der tschechischen Krone erklärt. Diese galt im Anfang des vorigen Jahres noch etwa 75 Pfennig, hat aber inzwischen ihren Kurs der deutschen Mark gegenüber nahezu verdundertfacht. An zweiter Stelle erscheinen die Amerikaner mit 3162, an dritter die Schweden mit 3154 Besuchern.

Die Goethe-Erinnerungen. In unbegreiflicher Unbedachtlichkeit hat die Verwaltung des Goethe-Hauses in Frankfurt a. M. unerfessliche Erinnerungen an Goethe im Jahr 1914 der Kunstausstellung in Lyon leihweise überlassen. Als dann der Krieg die Ausstellung unterbrach, blieben die Gegenstände mit vielen anderen deutschen Kunststücken in Lyon und die „ritterlichen“ Franzosen wollen sie nur nicht mehr herausgeben, d. h. sie verlangen für die Verwaltung eine Entschädigung von beiläufig 75 Millionen Mark. Da die „Auslösung“ unter diesen Umständen unmöglich ist, sollen, wie berichtet, die deutschen Bestimmer am 18. Oktober in Lyon versteigert werden. Dagegen wurde Widerspruch erhoben und das Zivilgericht in Lyon hat entschieden, daß die Goethe-Sachen am 18. Oktober nicht oder noch nicht unter den Hammer kommen sollen. Ueber die etwaige Rückerstattung könne aber nur die Verwaltungsabteilung für das beschlagnahmte feindliche Gut im Ministerium des Auswärtigen (Poincaré) entscheiden.

Die Schneiderin. Die Zwangsinnung der Damenschneiderinnen in Hamburg setzte folgende Richtpreise für Maschinenarbeit fest: für ein Hauskleid 3000—3700 M. je nach Machart, eine Bluse 2100—4500 M. Hauschneiderinnen erhalten bei voller Vertüftung 240—400 M.

Verheiratet. Zwei Schwestern aus Seedorf (Schwaben) wollten in Holland ihr Glück versuchen. Auf der Grenzstation wurden sie im Gedränge voneinander getrennt und ein geflender Hilfsruf der jüngeren 17jährigen Schwester war alles, was die Ältere von ihr vernommen hat. Seitdem ist das junge Mädchen verschwunden. Wahrscheinlich ist sie von dem Gefindel der Mädchenhändler mit Gewalt verheiratet worden.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 5. Okt. 2184,80 (2142,20).

Der Erzeugungspreis für Getreide. Nach den Erhebungen der Reichsindexkommission betragen die reinen Erzeugungskosten im August durchschnittlich für den Zentner Weizen 2155, für Roggen 1635 Mark. Darin sind Unternehmerrgewinn des Landwirts und Wiederbeschaffungskosten nicht eingerechnet.

Die Ausgaben für Kunststoffe betragen nach der Berechnung Regenborns in der „Georgine“ bei leichtem Boden 1 Zentner schwefelsaures Ammoniak 2541 (1914: 14) M., 2 Zentner Thomasmehl 800 (5,08) M., 3 Zentner Kainit 417 (1,95) M., zusammen 3758 (21,03) M. auf den preussischen Morgen, gleich 25 1/2 Ar.

Neue Mehlpreiserhöhung. In Anlehnung an das weitere Steigen der Weizen hat auch die Süddeutsche Mühlenvereinigung den Preis für Weizenmehl 0 auf 13 400 M. die 100 Kilo mit Sack ob Mühle erhöht. Der getrigte Richtpreis lautete 12 500 M.

Margarinpreise. Mit sofortiger Wirkung sind folgende Großhandelspreise für das Pfund festgesetzt worden: Tafelmargarine, Vorzugsqualität 1, 264 M., 2, 247 M., 3, 241 M., billige Sorte 235 M., abgepackt, ungepackte Schmelzmargarine 201 M., Ziehmargarine 260 M.

Berliner Feltmarkt, 4. Okt. Wette: 1. Quallm 855 M., 2. Dalmat 335—350 M. — Spea: Gute Nachfrage. Gelatzener amerikanischer Rindfleisch notiert 280—320 M. je nach Stärke.

Höchstpreise für Papierholzkstoff. Das Reichswirtschaftsministerium hat ab 1. Oktober den Höchstpreis für den Zentner Fichtenholzschliff, lufttrocken, ab Bahnstation der Fabrik auf 2000 M. festgesetzt. Bei Feinschliff, Dampfschliff und gebleichtem Holzschliff ist ein Zuschlag bis zu 5 v. H. zulässig. Im übrigen sind die Preise für Zellstoff von 67,50 auf 76 Mark und für Zeitungsgrundpapier von 78,50 auf 83 Mark das Kilo erhöht worden.

Stuttgarter Börse, 5. Okt. Die heute morgen eingetretene leichte Abschwächung auf dem Devisenmarkt erweckte Verkaufsbewegung; als jedoch im Lauf der Börse die Weizenpreise wiederum stark anzogen, traten neuerdings Käufer im Aktienmarkt auf, man blieb daher in fester Haltung. Die Kurse notierten nicht wesentlich, wesentliche Veränderungen gegenüber gestern sind nicht zu verzeichnen. Von den Bankaktien hielten sich Notenbank auf bei 710, Bankanstalt 200, Hypothekbank 165, Vereinsbank 250. Am Markt der Brauereiaktien gab es keinerlei Veränderungen. Von Metallaktien kamen Feinmechanik mit 2150 zur Notierung; Hohner 1100 (1190), Jungbusch 660, Metallwaren 1800 (1770). Auf dem Markt der Maschinenwerte maßen Daimler 35 v. H. abgeben und schlossen 585, Kaupheimer 2150 (2100), Ehlingen 1200 (1285), Hesser 850 (950), Weingarten 1085 (1120), Neckarsulmer 900 (940). Von den Spinnereiwerten erlitten Erlangen eine Abschwächung um 100 auf 1350, Vögelheim 2100, Kolb-Schule 2155, Kuchen 1470, Filz 1750 (1800), Kattun 2350, Ehlingen 1650, Leinenindustrie 1400 (1449). Am Markt der sonstigen Werte herrschte weitere Nachfrage nach Anilin zu 1750, Heidelberger Zement 1230 (1260), Köln-Rottm. 1160 (1200), Krumm 420, Salzwerk Heilbronn 1705, Bädermühle 910, Straßenbahnen 180, Stuttgarter Zucker 915 (975), Rannheimer Öl 1150 (1230), Transport 750, Jiegelemerke 900 (1100).

Württembergische Vereinsbank.

Märkte

Stuttgart, 5. Okt. Schlachtviehmarkt. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 124 Ochsen, 46 Bullen, 260 Jungbullen, 264 Jungkühe, 263 Kühe, 561 Kälber, 1023 Schweine, 33 Schafe und 2 Ziegen. Erlös aus je 1 Str. Lebendgewicht: Ochsen 1: 9400—9800, 2: 7500—8800, Bullen 1:



8400-8800, 2.: 7200-8100, Jungbrüder 1. 9500-9800, 2.: 8400 bis 9200, 3.: 7400-8000, Rube 1.: 6000-7500, 2.: 5100-6300, 3.: 3800-4800, Kälber 1.: 12000-12300, 2.: 11200-11800, 3.: 10200-11000, Schweine 1.: 19000-19500, 2.: 17800-18800, 3.: 16000-17200 M. Verkauf des Marktes: belebt.

Viehmarkt in Korbbrunn, 3. Okt. Jungr 306 Stück: 52 Ochsen, 51 Färren, 24 Rube und 52 Färren, 20 Kälber, 107 Schweine. Preis für den Jentner Lebendgewicht: Ochsen, 1. Sorte 9000 bis 10500 M., 2. Sorte 8700-9000 M., 3. Sorte 8000-8700 M., 4. Sorte 7500-8000 M., Bullen 1. Sorte 8400-8800 M., 2. Sorte 5000 bis 8400 M., 3. Sorte 7500-8000 M., Rube und Färren 1. Sorte 9000 bis 9500 M., 2. Sorte 8500-9000 M., 4. Sorte 7400-8500 M., 5. Sorte 4000-4500 M., Kälber 3. Sorte 9500-10000 M., 4. Sorte 8300-9500 M., 5. Sorte 8800-9500 M., Schweine von 240-360 Pfund: 16000-17200 M., von 200-240 Pfd.: 15800-16000 M., von 160-200 Pfd.: 15500-15800 M., unter 160 Pfd.: 15200 bis 15500 M., Saugen 15000-15200 M. Tendenz des Marktes: langsam. Der Markt wurde jedoch geräumt.

Um, 5. Okt. Schlachthausmarkt. Zutrüb: 11 Stück Großvieh, 28 Kälber und 41 Schweine. Erlös aus je 1 Jentner Lebendgewicht: Ochsen 2.: 8500, Bullen 2.: 7500-7900, Rinder 1.: 8600-9000, 2.: 8000-8300, Rube 1.: 6500-7000, 2.: 5000-6000, 3.: 3500-4500, Kälber 1.: 11500-12000, 2.: 10500-11200, Schweine 1.: 18000-18500, 2.: 17000-17800, 3.: 16000 bis 16800 Mark. Marktverkauf: belebt.

Ludwigsburg, 5. Okt. Schweinemarkt. Zufuhr: 129 Milchschweine, 8 Käufer Schweine. Preise für ein Paar Milchschweine 5000-8400, Käufer Schweine 10000-24000 M. Marktverkauf: die Zufuhr war eine mittlere. Verkauf wurden 4 Käufer und 87 Milchschweine. Der Verkauf ging rasch vonstatten.

Weil der Stadt, 4. Okt. Der heutige Schweinemarkt war gut besahren, bezahlt wurde für 1. Sorte 40 Pfd. Lebendgewicht 6000 M., 2. Sorte 4500 M., 3. Sorte war nicht verkäuflich. Der Handel lau. Zurückhaltend von Seiten der Käufer.

Stuttgart, 5. Okt. Marktbericht. Auf dem Wilhelmplatz kostete Mostobst 330-450 M der Jentner. Auf dem Charloffenplatz betrug der Preis für Gäubier 320-330 M der Jentner.

Wannend, 4. Okt. Dem Obstmarkt wurden ungefähr 3000 Säcke Mostobst, 400 Körbe Tafelobst, 10 Körbe Zwetschgen und 30 Körbe Quitten. Preis für Mostobst 300-400 M, Tafelobst 350-600 M, Quitten 350-450 M, Zwetschgen 700 M für den Jentner.

Walingen, 5. Okt. Obstmarkt. Es kosteten: 1 Pfund Äpfel 5-6 M, Birnen 4-5 M, Zwetschgen 2.50-3 M, saure Mostäpfel der Jentner 200-350 M, süße Mostäpfel 170-250 M, Birnen 100-150 M, Erbsen 350-450 M. Zufuhr circa 2000 Jentner. Der Handel war lau. Am Schluss des Marktes vorhandene Reste Mostobst wurden von Großhändlern zu 180-200 M der Jentner (Birnen und Äpfel) aufgekauft.

Weinsheim (Jobergau), 4. Okt. Die Frühlese fängt jetzt an, die allgemeine Ernte folgt Ende der Woche. Die Rebstöcke sind grün bekaubt, die Trauben spitz entwickelt und gut gereift. Wein - meist Rotwein - kann von der Mitte der nächsten Woche ab geerntet werden.

Wetter-Bericht

Der Hochdruck behauptet sich. Kleine Störungen sind zwar noch vorhanden, aber am Freitag und Samstag ist in der Hauptsache trocken und mäßig kaltes Wetter zu erwarten.

Etagen-Geschäft
J. Frank

Wäsche- und Aussteuer-Artikel
Pforzheim, Westf. 29, 1. Etage.



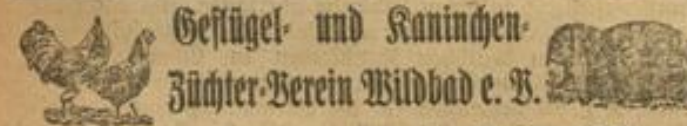
Erhältlich bei:
Stadt-Apotheke.

Gebrauchte
Bettladen mit Rost
hat zu verkaufen.
Michael Bengert,
im Geslach.

Inserate heben den
Geschäftsbetrieb.

**Nächste Woche trifft ein Waggon
prima gelbe Speisekartoffeln**

für uns ein.
Bestellungen nehmen wir noch entgegen.
Consumverein.



**Geflügel- und Kaninchen-
Züchter-Verein Wildbad e. V.**
Morgen Samstag, den 7. Oktober 1922
abends 9 Uhr

Versammlung

- im Kühlen Brunnen mit folgender Tagesordnung:
1. Ausstellungsbericht.
 2. Futtermittel.
 3. Statuten.
 4. Verschiedenes.
 5. Gratisverlosung.
 6. Vorträge.

Vorausgehend der Versammlung punkt 8 Uhr
Ausschuß-Sitzung.
Vollzähliges Erscheinen erwünscht
Der Vorstand.

Alleinverkauf für Wildbad und Umgebung.
Schuhhaus
W. Treiber
Ludwig-Seegerstr. 17.
Beachten Sie die Schaufenster mit
den neuen Gesellschafts und
Strassen-Modellen.

Wir haben aus festen
früheren Bestellungen
noch äußerst günstig an-
zubieten:
Feinschnitt-Tabak
100 Gramm Mk. 30,
Mittelschnitt,
100 Gramm Mk. 70,
Barinas,
100 Gramm Mk. 80.
Chr. Schmid u. Sohn,
Zigarrengroßhandlung.
Unser Geschäft ist an
Samstagen von 1 bis 7
abends geöffnet.

LIEDERKRANZ
Wildbad.
Sonntag, den 8. Oktober
Ausflug n. Neuenbürg
(Gasth. z. Bären).
Abfahrt 1.32 Uhr nachmittags.
Zusammenkunft 1 Uhr
beim Bahnhof.
Hiezu werden die Ehren-
passiven und aktiven Mit-
glieder mit ihren Familien-
angehörigen frdl. eingeladen.
Der Vorstand.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme,
welche wir bei dem Verlust unseres lb Kindes
Maria

in so reichem Maße von allen Seiten erfahren
durften, für die vielen Blumenspenden und
Kondolenzbesuche, für die überaus zahlreiche
Begleitung, sprechen wir auf diesem Wege
allen unsern herzlichsten Dank aus; besonders
aber danken wir dem hochw. Herrn Stadt-
pfarrer für die trostreichen Worte am Grabe,
dem Herrn Lehrer und den Schülern für den
erhebenden Gesang, sowie ihren Schulkame-
raden, welche unser liebes Kind zur letzten
Ruhstätte getragen haben.

In tiefer Trauer:
Forstwart Jos. Walter
mit Familie.



Tennis-Artikel!
Sporthaus Kuntze
Kronenstr. 3 Pforzheim Tel. 3589

Achtung! Bürger Achtung!
Kammerjäger Brinkmann, staatlich konzeßionierter, lang-
jährig erfahrener Fachmann, übernimmt die Vertilgung
sämtlicher Ungeziefer wie Ratten, Mäuse, Wühlmäuse,
Schwaben, Wanzen usw. unter 2 Jahre schriftlicher Ga-
rantie. Erfolg innerhalb 24 Stunden. Für Menschen und
Haustiere unschädlich. Billige Ausrottung des Ungeziefers
ist im Interesse der Volkswirtschaft unbedingt erforderlich.
Bestellungen erbitte sofort unter Kammerjäger Brink-
mann an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und
Bekannte sowie Schulkameraden u. Kameradinnen
zu unserer am Samstag, den 7. Oktbr. 1922
stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasth. zur „alten Linde“ ganz ergebenst
einzuladen mit der Bitte, dies als persönliche
Einladung betrachten zu wollen.

Fritz Schäfer **Emilie Bott**
Kirchgang um 1/2 1 Uhr vom Cafe Schmid aus.

Lumpen,

Alteisen, Bücher, Zeitungen, Kupfer,
Messing, Blei und Flaschen aller Art
werden bis Samstag abend vor dem Bahn-
hofhotel zu hohen Preisen

aufgekauft.
Hochachtend
Schlösser u. Grübele.

Ata
Bestes
**Putz- u.
Scheuermittel**
Unantbehrlich
in Haus,
Werkstatt,
Fabrik.
Henkel & Cie.
Düsseldorf

Udler-
Schreibmaschinen
— neuestes Modell —
fabrikneu m. Garantie
sofort günstig lieferbar.
Louis Schleh,
Freudenstadt,
Fernsprecher 27.
Telefonische Anfragen
oder Lagerbesuch er-
wünscht. Bedeutender
Preisausschlag steht
bevor.

**Lebertran, Emulsion,
Biomalz.**
A. u. W. Schmit Med.-Drogerie.



**Damen- und Mädchen-
Bekleidung.**

Mäntel, Kostüme, Taillekleider,
Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.
C. Berner, Pforzheim, Ecke Metzger-
u. Blumenstr.

